

Inhalt der Sitzung vom 25.10.2004

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 20.09.2004 gefassten Beschlüsse

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 20.09.2004 der Gewährung einer Zulage für einen Angestellten, der Erhöhung der Arbeitszeit einer Reinigungskraft sowie der Einstellung einer neuen Reinigungskraft und schlussendlich der Verlängerung von 2 ABM-Maßnahmen sein Einvernehmen erteilte. Abgelehnt wurde hingegen die beantragte Vergabe eines Gewerbegrundstücks im Gebiet „Nord-West“ an ein Kommunikations/ Software-Unternehmen.

TOP Ö 2 Rechenschaftsbericht mit Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 und Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2003

Rechenschaftsbericht mit Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003

Bürgermeister Huckele stellte eingangs fest, dass die Finanzlage der Städte und Gemeinde im Jahr 2003 zu einem historischen Tiefpunkt führte, wie er seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch nicht zu verzeichnen war. Das bundesweite Finanzierungsdefizit stieg vom Jahr 2001 mit 3,954 Milliarden Euro über das Jahr 2002 mit 4,659 Milliarden Euro auf nunmehr 8,467 Milliarden Euro im Jahr 2003 kontinuierlich an. Die Zahlen der Kommunen im Lande weisen in der Tendenz die gleiche Entwicklung auf. Bezeichnend auch der Anstieg der Sozialleistungen, die sich im Land Baden-Württemberg um 15,53% erhöhten. Auf die Konjunkturprognosen der Ministerien, Institute und Verbände verweisend, stellte Bürgermeister Huckele fest, dass sich diese von Juli 2002 mit immerhin noch 2,5% auf schlussendlich 0 % im Juli 2003 reduzierten. Konkret für die Gemeinde Plankstadt bedeutete die schlechte allgemeine Wirtschaftslage u.a. Gewerbesteuerausfälle in nicht unbeträchtlicher Höhe. Waren im Planansatz zunächst noch 2,5 Mio Euro veranschlagt, mussten die Zahlen im Nachtragsplan bereits auf 2,08 Mio Euro reduziert werden. Das nunmehrige Rechnungsergebnis schloss mit 2,032 Mio Euro. Konsequenz der negativen Haushaltsentwicklung war u.a. auch die negative Zuführung des Vermögens- an den Verwaltungshaushalt mit 961.000,-- Euro. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten musste durch eine Nachtragssatzung von 1,5 Mio Euro auf 2,5 Mio Euro erweitert werden. Aus dem Haushaltsjahr 2002 wurde ein Einnahme-Haushaltsrest für Kreditaufnahmen i.H.v. 1,82 Mio Euro übernommen, der auch in voller Höhe ausgeschöpft wurde. Zum 31.12.2003 betrug der Schuldenstand 5,221 Mio Euro. Die allgemeine Rücklage belief sich zum Jahresende auf 304.000,-- Euro. Wie Bürgermeister Huckele feststellte, beschränkte sich die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr im Wesentlichen auf die Fertigstellung der Seniorenwohnanlage Luisenstraße. 2003 wurden hierfür Mittel i.H.v. 1,453 Mio Euro aufgewendet. Außerdem stand ein Haushaltsrest von 379.000,-- Euro zur Verfügung, was einem Gesamtinvestitionsvolumen für das Projekt 1,823 Mio Euro entsprach. Für die Umgestaltung eines Teilstücks des Brühler Wegs schlug zudem ein Betrag i.H.v.- 189.000,-- Euro zu Buche. Maßgeblicher Einnahmeposten des Vermögenshaushalts waren die Vermögenserlöse, die mit insgesamt 1,981 Mio Euro in Ansatz kamen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bezeichnete das Ergebnis der Jahresrechnung 2003 alles andere als rosig. Die Gründe hierfür sah sie in der allgemeinen Finanzlage, wie auch in der schwankenden Konjunktur, die sich u.a. in der ständig wachsenden Zahl an Erwerbslosen widerspiegelt. Für die Gemeinde Plankstadt bedeutete dies im Jahr 2003 konkret eine umgekehrte Zuführung, sowie Steuerausfälle, insbesondere bei den Gewerbesteuererträgen. Konnte man hier in den Jahren 1997-1999 noch mit festen Größen rechnen, so haben

sich die nunmehrigen Zahlen auf dem Niveau zu Anfang der 90-er Jahre eingependelt. Positiv bewertete sie, dass man zur Realisierung von Projekten wie der Seniorenwohnanlage Luisenstraße oder dem Regenrückhaltebecken in der Gänsweid zwar erhebliche finanzielle Anstrengungen unternehmen musste, hierdurch jedoch bleibende Werte geschaffen hat. In Bezug auf die Siedlungspolitik machte sie deutlich, dass die Gemeinde (u.a. auch mit Blick auf die örtliche Landwirtschaft) immer darauf bedacht war, sorgsam mit den bestehenden Freiflächen zu haushalten. Insofern gestaltete sich die Ausweisung von Baugelände in den vergangenen Jahren eher zurückhaltend. In Folge streifte Gemeinderätin Schuster die überplanmäßigen Ausgabenposten des Zahlenwerks. Sie nannte hier u.a. das Lehrschwimmbecken an der Friedrichschule, wobei sie sich bei dieser Einrichtung über die steigenden Besucherzahlen freute. Das Ergebnis rechtfertigte die Entscheidung, an einem Lehrschwimmbecken in Eigenregie festzuhalten. Bzgl. des Postens „Aufstellung von Bebauungsplänen“ äußerte sie die Hoffnung, dass nach Ausweisung des aktuell in der Realisierung befindlichen Gebietes „Gässeläcker“ der Bereich „Bruchhäuser Weg links und rechts“ folgt. Auf die Plankstadter Stadtbushlinie eingehend, sah sie noch einigen Diskussionsbedarf. Die CDU-Fraktion habe hier der probeweisen Einführung zugestimmt, sehe nach den zurückliegenden Erfahrungen nun jedoch zwingend die Notwendigkeit zum Einsatz eines kleineren Busses. Abschließend nannte Gemeinderätin Schuster die Mehrausgaben bei der Seniorenwohnanlage (incl. Außenanlage), die sie jedoch bei einem solchen Projekt als relativ überschaubar einstufte. Bürgermeister Huckele stellte dazu fest, dass sich die Mehrausgaben lediglich auf den Haushaltsansatz 2003 bezogen, die Ausgaben in Summe jedoch unter den seinerzeit veranschlagten Gesamtkosten liegen. Der abschließende Dank von Gemeinderätin Schuster galt der Kämmerei, die das vorliegende Zahlenwerk mit der gewohnten Sorgfalt verfasste.

Gemeinderat Franz Streck (PL) verwies darauf, dass das Rechnungsergebnis 2003 maßgeblich von der allgemeinen Wirtschaftslage geprägt war. Steuerausfälle, geringere Schlüsselzuweisungen und eine Vielzahl anderer Punkte haben schlussendlich dazu beigetragen, dass man im Jahr 2003 mit einer umgekehrten Zuführung schließen, d.h. der Verwaltungs- durch den Vermögenshaushalt gestützt werden musste. Folge dieser finanziellen Rahmenbedingungen war u.a., dass man sich auf die wichtigsten Instandhaltungsmaßnahmen beschränken musste und der Vermögenshaushalt nur durch den Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken finanziert werden konnte. Auch mussten die Kassenkredite von ursprünglich veranschlagten 1,5 Mio Euro auf 2,5 Mio Euro erhöht werden. Am 31.12.2003 schließlich betrug der Gesamtkreditrahmen 5,2 Mio Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 552,- Euro entspricht. Die Frage von Gemeinderat Streck nach den erhöhten Personalausgaben unter dem Abschnitt „Versorgung“, beantwortete RAL Schneider dahingehend, dass es sich hierbei um die Umlagesätze des Kommunalen Versorgungsverbandes und der Zusatzversorgungskasse für Angestellte und Arbeiter handelt. Freudig nahm Gemeinderat Streck die gestiegenen Zahlen der Schwimmbadbesucher zur Kenntnis. Hinsichtlich des Unterhaltungsaufwands für die Schulgebäude, erkundigte er sich, inwieweit hier im kommenden Jahr, insbesondere in der Friedrichschule, mit kostenintensiven Maßnahmen zu rechnen ist. Er dachte dabei u.a. an den Einbau neuer Fenster. Bürgermeister Huckele informierte, dass im Bereich der Friedrichschule sowohl der Einbau neuer Fenster, als auch die Installation einer neuen Heizungsanlage, wie auch die Fassadensanierung ansteht. Alles in allem attestierte Gemeinderat Streck der Gemeinde, im vergangenen Jahr gut mit den begrenzten Finanzmitteln gewirtschaftet zu haben. Auch sein abschließender Dank galt der Kämmerei für deren ausführlichen Jahresbericht.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) betrachtete die Entwicklung der Kommunalfinanzen mit großer Sorge, wobei er feststellte, dass es sich dabei keinesfalls um ein „hausgemachtes“ Problem handelt. Vielmehr ist der Gemeindehaushalt maßgeblich von der Landes-, Bundes-, aber auch darüberhinausgehend von der Europapolitik und schlussendlich der Entwicklung auf globaler Ebene beeinflusst. Gemeinderat und Verwaltung (und hier insbesondere die Kämmerei) haben vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen versucht, jeden

Ausgabeposten kritisch zu hinterfragen. Sein Dank galt in diesem Zusammenhang auch dem, in vielen Punkten erzielten parteiübergreifenden Konsens. Durch die erheblichen Ausfälle, insbesondere auch bei der Gewerbe- und Einkommensteuer sowie den verminderten Finanzzuweisungen, schrieb der Verwaltungshaushalt tiefrote Zahlen und musste vom Vermögenshaushalt gestützt werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag zum Ende des Jahres bei 552,- Euro, was Gemeinderat Schneider jedoch insofern für vertretbar hielt, als durch die eingesetzten Finanzmittel bleibende Werte geschaffen wurden. In Bezug auf den Besuch des Lehrschwimmbeckens an der Friedrichschule freute auch er sich über die gestiegenen Nutzerzahlen, die er als Beleg für die richtige Entscheidung zum Erhalt der Einrichtung wertete. Die Aussichten für den kommenden Haushalt bezeichnete er als nicht gerade rosig. Zumal die Prognosezahlen nur schwer abzuschätzen sind, hoffte er auf eine Stabilisierung der allgemeinen Wirtschaftslage. Dies erachtete er umso notwendiger, als der Gemeinde auch auf Kreisebene eine ggf. drastische Umlageerhöhung ins Haus steht. Oberstes Gebot für die Zukunft ist aus seiner Sicht die Formulierung einer Prioritätenliste für anstehende Investitionen.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) befand, dass sich die Gemeinde mit großer Verantwortung dem fremdbestimmten Ausgabendruck gestellt hat. Die gegebenen Spielräume waren dabei eng gesetzt, wurden jedoch soweit vorhanden im Sinne des Gemeinwohls genutzt. Auch für die Zukunft sah Gemeinderat Wolf keine grundlegende Besserung der Kommunal Finanzen, da auch weiterhin der globalisierte Kapitalismus die Rahmenbedingungen schaffen werde. Da keine Verbesserung der Einnahmesituation zu erwarten ist, gilt es, auch künftig insbesondere die Ausgabeposten kritisch zu hinterfragen. Im Jahr 2003, so Gemeinderat Wolf weiter, lebte die Gemeinde in Teilen aus ihrer Substanz, wobei klarzustellen sei, dass die zur Deckung des Haushalts notwendige Verkaufserlöse endlich sind. Auf die Pro-Kopf-Verschuldung eingehend, hinterfragte er den Plankstadter Wert in Relation zu den landesweiten Zahlen. Bürgermeister Huckele informierte, dass man selbst mit den aktuellen 552,- Euro noch erheblich unter dem Schnitt baden-württembergischer Gemeinden mit vergleichbarer Einwohnerzahl liegt. Abschließend verwies Gemeinderat Wolf darauf, dass seine Fraktion bereits dem Haushaltsplan 2003 ihre Zustimmung versagte, weshalb er sich auch im vorliegenden Fall der Stimme enthalte.

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) thematisierte nochmals die gestiegenen Nutzerzahlen des Lehrschwimmbeckens an der Friedrichschule. Wie er feststellte, handelte es sich beim Erhalt der Einrichtung um eine rein politische Entscheidung, was er u.a. auch an den Kosten festmachte. So steht den 3.500 Besuchern immerhin ein Zuschussbedarf von ca. 241.000,- Euro gegenüber. Seine Frage nach dem Kostendeckungsgrad der Einrichtung, beantwortete RAL Schneider mit ca. 10%. Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) wollte die Aussage von Gemeinderat Dr. Dr. Mende insofern relativiert wissen, als weder in die Nutzerzahlen, noch in den genannten Kostendeckungsgrad die Schülerinnen und Schüler des Schwimmunterrichts eingerechnet wurden.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung verabschiedete das Ratsgremium den Rechenschaftsbericht mit Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 bei 1 Enthaltung der GLP.

Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2003

Bürgermeister Huckele freute sich über die Tatsache, dass das Wirtschaftsjahr 2003 mit einem beträchtlichen Bilanzgewinn i.H.v. 67.693,- Euro schließen konnte. Unter Einrechnung des Verlustes aus dem Jahr 2002 (40.548,- Euro) verbleibt ein Gewinn i.H.v. 27.145,- Euro. Als Grund für das erfreuliche Ergebnis im Berichtsjahr nannte der Bürgermeister den beträchtlich gestiegenen Wasserverbrauch. Lag dieser im Vorjahr noch bei 560.000 m³, erhöhte sich die Abgabemenge im Jahr 2003 auf 626.700 m³. Gleichzeitig sanken die Wasserverluste.

Einsparungen ergaben sich auch bei den Personalkosten. Hier wurde ein zweiter Arbeiter erst zur Jahresmitte eingestellt, was Minderausgaben i.H.v. 22.000,-- Euro bedingte. Auf den Vermögensplan eingehend, nannte der Bürgermeister als wesentlichsten Ausgabeposten die Rohrnetzenerneuerungen bzw. -erweiterungen, die mit 270.000,-- Euro zu Buche schlugen. Für die Erneuerung der Versorgungsleitung auf einem Teilstück des Brühler Wegs waren 160.000,-- Euro zu veranschlagen. Ferner waren für die Herstellung der Wasserversorgung des Gebietes „Keesgrieb“ 75.000,-- Euro eingeplant. Besonders freute sich der Bürgermeister abschließend, dass im Jahr 2003 keine Darlehensaufnahme eingeplant werden musste, sondern vielmehr das bestehende Darlehen um 16.000,-- Euro getilgt werden konnte.

Die Sprecher der Fraktionen freuten sich über das positive Ergebnis der Werksrechnung 2003. Insbesondere lobten sie auch die erheblich gesunkenen Wasserverluste.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) hinterfragte, inwieweit ggf. auch ein erhöhter Wasserverbrauch der örtlichen Landwirtschaft zu verzeichnen war. RAL Schneider informierte, dass die Bauernschaft eigene Brunnen zur Beregnung der Felder vorhält und insofern hier keine wesentlich erhöhte Entnahme bestand.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung stellte das Ratsgremium die Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2003 mit einstimmigem Votum fest.

TOP Ö 3 Rechnungsergebnisse bei der Abwasserbeseitigung

Ausgleich von Kostenüber-/-unterdeckungen in den Jahren 1999-2003

Im Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt vom 12.1.2004 wurde darauf hingewiesen, dass bei der Abwasserbeseitigung die Kostenüber- und -unterdeckungen, die in den Jahren 1999 bis 2002 entstanden sind, noch auszugleichen seien. Ein solcher Ausgleich war ohnehin von der Verwaltung vorgesehen; man wollte lediglich noch das Rechnungsergebnis 2003, das mit einem Überschuss von 128.551,-- Euro abschließt, mit einbeziehen. Die Gesamtaufstellung ergab, dass im Fünfjahreszeitraum von 1999 bis 2003 ein Überschuss von 898 € verblieb. Dieser wird mit künftigen Defiziten verrechnet.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) machte deutlich, dass die, von der GPA geforderten Ausgleichsberechnungen angestellt wurden und insofern dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu entsprechen ist.

In gleicher Weise äußerte sich Gemeinderat Franz Streck (PL) für den die Verwaltungsvorlage eher informativen Charakter hatte. Angesichts des Ergebnisses der Prüfung stellt sich ihm jedoch die Frage der Verhältnismäßigkeit einer solch aufwendigen Berechnung.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) konnte dem Beschlussvorschlag gleichfalls entsprechen und sah die Prüfbemerkung der GPA eher als „Tätigkeitsnachweis“, wenn man sich in Relation zum Aufwand das nunmehrige Ergebnis vor Augen hält.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) relativierte die Aussagen seiner Vorredner dahingehend, als das nunmehrige Ergebnis nicht abzuschätzen war. Schlussendlich konnte jedoch auch er der Verwaltungsvorlage entsprechen. Seine abschließende Frage galt der Möglichkeit zur Absetzung von Gebühren bei Nicht-Einleitung in die

Kanalisation. RAL Schneider informierte, dass die Brauchmengen zur Gartenbewässerung mittels eines Zwischenzählers nachgewiesen und von der Abwassergebühr abgesetzt werden können. Zurückliegend wurde hier eine Pauschale i.H.v. 60 m³ in Ansatz gebracht, die dann auf 20 m³ reduziert wurde. Aktuelle Urteile gehen jedoch davon aus, dass jeder nachgewiesene, nicht eingeleitete m³-Frischwasserbezug von der Abwassergebühr abzusetzen ist. Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) regte in diesem Zusammenhang an, nochmals gezielt auf die Möglichkeit des Einbaus eines Zwischenzählers hinzuweisen. Gemeinderat Wolf hielt dies u.a. auf der Umweltseite des Gemeindemitteilungsblattes für denkbar.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung entsprach das Ratsgremium dem Ausgleich der Unterdeckung/Überdeckung bei der Abwasserbeseitigung gemäß Verwaltungsvorschlag mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 4 Zuschuss zur Erneuerung der Balkon-Loggia und Renovierung der Südfassade des Evangelischen Kindergartens

In einem Anschreiben informierte die Evangelische Kirchengemeinde über die Notwendigkeit zur Erneuerung der Balkon-Loggia und Renovierung der Südfassade des Evangelischen Kindergartens. Für vorgenannte Arbeiten wurden Angebote eingeholt, die die Kosten der Gesamtmaßnahme auf insgesamt 21.343,54 € beziffern.

Entsprechend der, im Zusammenhang mit der letztjährigen Neufassung des Kindergartengesetzes überarbeiteten Kindergartenverträge, leistet die bürgerliche Gemeinde zur Finanzierung von Investitionsausgaben (hierzu zählen u.a. auch Renovierungskosten im Betrag über 2.500,-- €) einen Zuschuss i.H.v. mindestens 70% des durch sonstige öffentliche Zuschüsse nicht gedeckten Aufwands. Die Verwaltung stellte demgemäß zunächst in Überlegung, sich mit dem vereinbarten Mindestsatz (dies entspricht unter Zugrundelegung der aktuellen Kostenschätzung einem Betrag i.H.v. 14.940,48 €) an den Aufwendungen zu beteiligen.

Bürgermeister Huckele lobte eingangs seiner Ausführungen das große Engagement des Fördervereins der Plänschter Zwerge, der sich aktiv um die Belange des Evangelischen Kindergartens bemüht. U.a. bei der Gestaltung der Außenanlage wurden hier durch tatkräftige Mithilfe der Eltern erhebliche Mittel eingespart. Unter Würdigung dieser Leistungen und vor dem Hintergrund der durchaus kontrovers zu diskutierenden neuen vertraglichen Kostenbeteiligung bei Investitions-(70%) bzw. Betriebsausgaben (91%) der Einrichtung schlug Bürgermeister Huckele entgegen den ursprünglichen Überlegungen zur Gewährung des Mindestsatzes (70%) vor, die Maßnahme mit 80% zu fördern. Anstatt dem zunächst avisierten Betrag i.H.v. 14.940,-- Euro (bei 70%-iger Förderung) entspräche dies dann einer Summe von 17.074,-- Euro.

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) konnte sich einer 80%-igen Förderung anschließen, zumal es sich um eine notwendige Maßnahme zur Sicherheit der Kinder handelt und die Kirchengemeinde in der Tat auf eine weitestgehend mögliche Förderung angewiesen ist.

In gleicher Weise äußerte sich auch Gemeinderat Horst Kolb (PL), der dem modifizierten Beschlussvorschlag im Namen der Plankstadter Liste gerne entsprach.

Auch Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) erteilt im Namen seiner Fraktion Zustimmung, bat jedoch darauf zu achten, dass im Rahmen der anstehenden Maßnahme an der Wetterfront UV-beständige Farben gewählt werden. Sein abschließender Dank galt den aussagefähigen Unterlagen, die mit dem Zuschussantrag eingereicht wurden.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) machte deutlich, dass niemand gerne an Zuschüssen für Kindertageseinrichtungen spart. Es müsse einem vorliegend jedoch bewusst sein, dass der heute zu beschließende Satz i.H.v. 80% auch als Maß für künftige Anträge zu werten ist. Schlussendlich konnte jedoch auch Gemeinderat Wolf sich mit dem Verwaltungsvorschlag und mithin einer 80%-igen Förderung einverstanden erklären. Seine abschließende Frage, inwieweit die Gemeinde an evtl. eingeräumten Skonti (z.B. vorliegend bei den Malerarbeiten mit 5%) partizipiert, bejahte Bürgermeister Huckele.

Einer Gewährung des, von der Verwaltung vorgeschlagenen Satzes i.H.v. 80 % entsprach das Ratsgremium abschließend mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 5 Bauantrag

In seiner Gesamtheit abgelehnt wurde der Bauantrag zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und Stellplatz auf dem Grundstück Flst.Nr. 4734/7, Im Blumenhof 4.

Nach Prüfung überschreitet der eingereichte Antrag die bestehenden planungsrechtlichen Vorgaben in einer Vielzahl von Punkten, weshalb das Ratsgremium vorliegend die Grenze des Tollerierbaren für überschritten ansah. Zumal man im Rahmen der langwierigen Planaufstellung für den Bereich Blumenhof/Rosenhof eine ansprechende Lösung gesucht und gefunden habe, sollte man diese aus Sicht des Rates nun auch konsequent umsetzen.

TOP Ö 6 Bekanntgaben, Anfragen

1. Bau der B 535

Bezugnehmend auf eine Anfrage in der zurückliegenden Gemeinderatssitzung informierte Bürgermeister Huckele über den aktuellen Stand zum Bau der B 535. Wie er feststellte, sehen die Planungen zunächst einen Ausbau bis zum Plankstadter Gewerbegebiet „Nord-West“ vor. Ist dieser Teilabschnitt realisiert, wird die Trasse jedoch lediglich in Richtung B36 freigegeben. Es ist demnach aktuell keine Verkehrszunahme von der B 36 in Richtung Plankstadt zu befürchten.

2. Hinweisbeschilderung zur Sperrung des Anschlusses Ostumgehung/Abfahrt Plankstadt Nord

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) verwies auf die im Bereich Grenzhöfer Straße/Handschuhsheimer Straße aktuell noch bestehende Hinweisbeschilderung zur Sperrung des Anschlusses Ostumgehung/Abfahrt Plankstadt Nord und hielt es für angezeigt, das dortige Schild zu entfernen.

Bürgermeister Huckele pflichtete dem bei und informierte, dass man bereits versucht habe, mit der Bauleitung in dieser Frage Kontakt aufzunehmen.

3. Fahrbahnmarkierung im Bereich der „Spinne“ (Ladenburger-/Leopold-/Grenzhöfer-/Wieblinger-/Bürgermeister-Helmling-Straße)

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bezeichnete die aktuelle Verkehrsregelung im Bereich der „Spinne“ als durchaus sinnvoll, bat jedoch darum, die neue Fahrbahnmarkierung besser zu kennzeichnen und die noch sichtbare alte Markierung zu entfernen.

BAL Boxheimer informierte, dass geplant ohnedies eine generelle Deckenerneuerung angedacht sei und die Maßnahme bereits in den Haushalt 2005 eingestellt werden soll.

4. Westumfahrung Grenzhof

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies auf einen Presseartikel der GLP, in dem über ein Treffen im Grenzhof zum Bau der Westumfahrung berichtet wird. Einige Anwohner des Grenzhofs haben sich in diesem Zusammenhang für den Bau einer Ostumfahrung des Weilers ausgesprochen. Gemeinderätin Schuster plädierte hier für ein konsequentes Weiterverfolgen der angestrebten Lösung und erinnerte daran, dass der Ausbau und die Weiterführung der bestehenden K 4144 als Westumfahrung Grenzhof schlussendlich auch einer besseren Anbindung der Plankstadter Industriegebiete und der Ausweisung einer durchgehenden Radwegverbindung dient.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass im Gemeindehaushalt weiterhin Zuschussmittel für den Bau der Westumfahrung eingestellt sind und man um die Realisierung des Projekts bemüht ist. Das von einigen Gegnern der Trasse ins Feld geführte Argument eines erhöhten Landverbrauchs konnte er nicht nachvollziehen, zumal es sich beim Bau der Westumfahrung im Wesentlichen um die Verbreiterung bestehender Wegeverbindungen handelt. Bedenken, wonach der Grenzhof auch nach dem Bau der Westumfahrung mit Schwerlastverkehr zu rechnen habe hielt der Bürgermeister für unbegründet, wobei in diesem Zusammenhang bereits im Norden des Grenzhofs entsprechende verkehrlenkende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Des Weiteren ist ein schwerlastverkehrstauglicher Ausbau der Verlängerung der K 4147 neu (Ostumgehung) auf Heidelberger Gemarkung notwendig. In dieser Frage habe man gemeinsame Interessen mit der Stadt Eppelheim und werde diese in einem bereits terminierten Gespräch mit Vertretern der Stadt Heidelberg am 18.11.2004. vortragen.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) machte deutlich, dass der Grenzhof sowohl von einer West-, als auch von einer Ostumfahrung profitieren würde, die Gemeinde Plankstadt jedoch aus einer Ostumfahrung keinerlei Nutzen zieht. Auch Gemeinderätin Wacker vertrat die Auffassung, dass das Argument des Flächenverbrauchs eine eher untergeordnete Rolle spielt, zumal sich beide Varianten in diesem Punkt wenig schenken.

5. Pflanzbewuchs an der Friedrichschule

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) erinnerte an eine Anfrage in der vergangenen Ratssitzung, den Pflanzbewuchs an der Friedrichschule betreffend. Damals habe die Verwaltung zugesagt, sich um eine praktikable Lösung zu bemühen. Zwischenzeitlich wurde jedoch die Eingrünung vollständig entfernt.

Bürgermeister Huckele informierte, dass bereits vor Monaten Schäden an der Fassade zu beklagen waren, die zum Zurückschneiden der Eingrünung zwangen. Nach nochmaliger, eingehender Prüfung der Sachlage war man dann aus Gründen der Verkehrssicherheit gezwungen, die Eingrünung vollständig zu entfernen.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) monierte in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass neben der Fassadeneingrünung auch das komplette Laub im Boden-/Sockelbereich entfernt und hierdurch wertvoller Lebensraum für Tiere (u.a. Igel) zerstört wurde.

6. Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in der Schwetzinger Straße (ehem. Penny Markt)

Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) erkundigte sich nach dem Sachstand in obiger Angelegenheit.

Bürgermeister Huckele berichtete über Probleme mit dem in Aussicht stehenden Bewerber. Aktuell wird die weitere Vorgehensweise verwaltungsintern beraten.

7. 72-Stunden-Aktion der Pfadfinderschaft Plankstadt

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) verwies auf die kürzlich erfolgte „72-Stunden-Aktion“ der Pfadfinderschaft Plankstadt, in deren Rahmen die Jugendlichen einen Materialcontainer im Außengelände des Jugendtreffs sowie einen Lagerraum im Treff selbst renovierten. In diesem Zusammenhang erkundigte er sich, inwieweit die Aktion von der Gemeinde Unterstützung erfuhr.

HAL Knörzer berichtete, dass er zu Beginn der Aktion persönlich vor Ort war. Im Übrigen zeichnete der Verein Postillion, d.h. hier federführend die Leiterin des Plankstadter Jugendhauses, Frau Weik, für die Organisation und Begleitung des Projekts verantwortlich. Auch der örtliche Bauhof war eingebunden und stand im Bedarfsfall zur Verfügung. Als kleines Dankeschön an die engagierten Helferinnen und Helfer der Pfadfinderschaft spendierte die Gemeindeverwaltung zudem am Freitagabend ein Essen. Auch in der lokalen Presse wurde über die Aktion berichtet. Das Projekt bezeichnete HAL Knörzer als überaus erfolgreich, hat die Pfadfinderschaft doch in Eigeninitiative wirklich hervorragende Arbeit geleistet und zur Verschönerung des Plankstadter Jugendtreffs beigetragen. Hierfür galt ihnen nochmals ein herzliches Dankeschön.

8. Überdachung des Außenbereichs der Grillhütte

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezog sich auf eine Sitzung der IG-Plankstadter Vereine, in deren Rahmen u.a. eine Überdachung des Außenbereichs der Grillhütte (z.B. mittels eines Segels) zur wetterunabhängigen Nutzung angedacht wurde.

Bürgermeister hielt eine derart kostenintensive Maßnahme in Anbetracht der aktuellen Haushaltslage für indiskutabel.

9. Kanalabdeckungen in der Eisenbahnstraße

Gemeinderat Franz Streck (PL) monierte lose Kanalabdeckungen in der Eisenbahnstraße.

Bürgermeister Huckele bat um Nennung der exakten Lage, damit die Angelegenheit der zuständigen Kreisbehörde (Landesstraße) gemeldet werden kann.

10. Offenhaltung der Toilettenanlage auf dem Messplatz an Kirchweih

Gemeinderat Franz Streck (PL) monierte den Zustand der Toilettenanlage auf dem Messplatz während des diesjährigen Kirchweihwochenendes.

Bürgermeister Huckele sicherte zu, dass auf eine angemessene Reinigung der Anlage bei Folgeveranstaltungen geachtet wird.

11. Verkauf/Neubauung des Anwesens Schwetzinger Str.56

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies auf den bereits mehrere Jahre zurückliegenden Verkauf des ehemals kommunalen Anwesens Schwetzinger Str. 56. Vor dem Hintergrund, dass auf dem Anwesen bis dato noch keine baulichen Tätigkeiten zu verzeichnen sind, erkundigte sie sich nach einem evtl. vertraglich geregelten Heimfallrecht.

Bürgermeister Huckele teilte mit, dass ein solcher Passus nicht in den Vertrag aufgenommen wurde und insofern keine unmittelbare Handhabe besteht.

12. Verkauf von Parkraum im Bereich der Neubauf Flächen Eisenbahnersiedlung

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies auf eine Anfrage in der vergangenen Ratssitzung, den Verkauf von Parkraum im Bereich der Neubauf Flächen Eisenbahnersiedlung betreffend. Nach nochmaliger Prüfung des Sachverhalts habe sie festgestellt, dass in der Tat der weit überwiegende Teil der Parkflächen zum Verkauf angeboten wird. Zur kostenfreien Nutzung sind lediglich 4 Plätze ausgewiesen.

BAL Boxheimer stellte fest, dass die aktuellen Gegebenheiten der gültigen Planung entsprechen. Die Zahl der kostenfreien Plätze liege jedoch mit Sicherheit über den genannten 4.

13. Nutzung der Parkplätze im Innenhof des Katholischen Kindergartens St. Nikolaus

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erinnerte an eine Anfrage in der vergangenen Ratssitzung, die Nutzung der Parkplätze im Innenhof des Katholischen Kindergartens St. Nikolaus betreffend und erkundigte sich nach dem Sachstand.

Bürgermeister Huckele verwies auf den aktuellen Pfarrwechsel, vor dessen Hintergrund wohl der Katholische Pfarrgemeinderat der Ansprechpartner für eine diesbezügliche Anfrage ist.

Gemeinderat Dr. Dr. Mende (SPD), selbst kath. Pfarrgemeinderat, sicherte zu, die Angelegenheit bei der nächsten Sitzung vorzutragen.

14. Anfragen der Zuhörer

Aus Reihen der Zuhörer beschwerte sich ein Bürger über die o.g. mangelnde Nutzung der Parkplätze im Innenhof des Katholischen Kindergartens St. Nikolaus.

Eine weitere Wortmeldung monierte den Standort eines Stromverteilerkastens in der Leopoldstraße.